

# «Bankenkonsortium könnte an der UBS Interesse kriegen»

**Banken** Peter V. Kunz, Professor für Wirtschaftsrecht, sieht eine Übernahme der UBS am ehesten durch einen Zusammenschluss von ausländischen Banken. Einen Kollaps der Bank schliesst der Aktienrechtler faktisch aus.

**CASH daily:** Herr Kunz, vorausgesetzt, Sie wären UBS-Aktionär und -Sparer: Wie wäre Ihre Gefühlslage?

**Peter V. Kunz:** Als UBS-Aktionär wäre ich nach wie vor sehr verunsichert. Das ganze internationale Bankenumfeld ist so unsicher, dass ich als Aktionär nicht gut schlafen würde. Als UBS-Sparer müsste ich, so wie das heute aussieht, aber keine Angst haben, die Einlagen sind nicht gefährdet.

**Ist ein Kollaps der UBS aus heutiger Sicht ausgeschlossen?**

Vor ein paar Monaten hätte ich noch gelächelt über eine solche Frage. In den USA sind aber bereits verschiedene Banken Konkurs gegangen. Auch die UBS ist möglicherweise ein Riese auf tönernen Füßen. Realistischerweise kann man bei der UBS aber einen Konkurs ausschliessen. Weil die UBS faktisch eine Staatsgarantie hat.

**Wie denn?**

Sowohl die Nationalbank (SNB) wie auch der Bund müssten bei einem Konkurs wahrscheinlich eingreifen, weil die UBS zu wichtig ist für unser Finanzsystem. Wenn der Bund oder die SNB UBS-Aktien übernehmen müssten, würde das in einem Teil- oder Totalverlust für die UBS-Aktionäre münden.

**Ist die UBS ein Übernahmeziel?**

Wenn die UBS ein Einzelfall wäre, dann liefe schon längst eine Übernahme. Aber die UBS ist eines von vielen Opfern. Ich schliesse derzeit eine Übernahme durch Hedge-Funds- oder Private-Equity-Unternehmen aus. Die Finanzinvestoren kön-

## JUNGER PROFESSOR

**Professor Peter V. Kunz** (43) ist seit 2005 Ordinarius für Wirtschaftsrecht an der **Universität Bern**. Zuvor war Kunz zwölf Jahre **Rechtsanwalt** in Zürich und Partner bei Beglinger Holenstein Rechtsanwälte. Während dieser Zeit war Kunz auch als **IPO-Spezialist** an der Schweizer Börse tätig. Von 1993 bis 1997 war Kunz **Kantonsrat** des Kantons Solothurn. Seinen Wechsel von der Anwaltskanzlei zur Uni begründet Kunz, der sich als «kritischer Geist» bezeichnet, mit der «grösseren Äusserungs- und Narrenfreiheit an der Universität».

nen ein solches Unterfangen nicht finanzieren. An eine Einzelbank als Bieter wie etwa HSBC glaube ich nicht. Denkbar wäre, wie das bei ABN Amro geschah, dass ein internationales Bankenkonsortium Interesse bekommt. Das wäre aber nur realistisch, wenn diese Banken die UBS nach ihren Wünschen filetieren könnten.

**Und die Staatsfonds aus Asien oder dem Mittleren Osten?**

Da sind die Gelder sicher vorhanden. Man hat bislang aber wenig Anzeichen dafür, dass diese Staatsfonds bestimmende Mehrheiten bei Unternehmen anstreben.

**Ein Szenario: Bedrängt von einem Bankenkonsortium müsste die UBS das Investmentbanking verkaufen und sich im Sinne einer nationalen Lösung in die Arme der Credit Suisse (CS) flüchten.**

Solche Forderungen würden sicher auch aus der politischen Ecke laut. Aus wettbewerbspolitischen Gründen wäre es aber kaum möglich, dass die CS den UBS-Private-Banking-Teil übernimmt. Denn in der Schweiz



BERNER ZEITUNG

entstünde eine Monopol-situation.

**Wie kommuniziert die UBS Ihrer Ansicht nach?**

Die UBS hat klare Vorgaben, wann und wie sie kommunizieren muss. Kursrelevante Informationen sind aufgrund der Ad-hoc-Publizitätsvorschriften immer sofort bekannt zu geben. Auf der anderen Seite informiert die UBS sehr defensiv und konservativ. Als Marcel Ospel noch VR-Präsident war, versuchte die Bank sympathisch «rüberzukommen», man hat sich permanent entschuldigt. Diese Phase ist vorbei, jetzt wollen die Investoren Fakten. Und hier agiert die Bank zurückhaltend.

**Warum?**

Die Bank weiss offenbar noch nicht alle Details der eigenen Problemsituation.

**Laut Economiesuisse hat die Schweiz einen Spitzenplatz in Sachen Corporate Governance. Stimmt das?**

Einen Spitzenplatz sicher nicht. Wir sind guter Durchschnitt. Vor allem bei Aktionärsschutz und Aktionärsdemokratie gibt es noch Defizite. Wir müssen keine Musterknaben sein, sollten aber auch nicht weiter nach hinten fallen. Aber wir beobachten einen Wechsel von Selbstregulierung in Richtung Regulierung.

**Dazu gehört die Aktienrechtsrevision, die im vierten Quartal in den Ständerat kommt. Sie befürchten eine «Heuschreckendebatte».**

Schon bei vielen Übernahmeversuchen im letzten Jahr, wie etwa Implan oder Sulzer, hörten wir aus der Politik Rufe nach Schutz der einheimischen Unternehmen. Ich befürchte, dass man die Vinkulierung, also die Stimmrechtsbeschränkung von Aktionären, wieder ausbauen will. Zudem will man die Dispoaktien, also die beim Unternehmen nicht eingetragenen Aktien, regulieren. Meines Erachtens sollte der Aktionär aber seine Anonymität bewahren können. Und Investoren sind heute längst nicht mehr in der Lage, dass sie sich heimlich anschleichen können.

**Dies auch wegen der neuen Meldeschwellen bei Beteiligungen. Stiften diese nicht für Verwirrung?**

Das im letzten Jahr revidierte Börsenrecht verhindert nicht wirklich Übernahmen oder heimliches Anschleichen. Bei den Offenlegungen von Beteiligungen wirkt jetzt vieles chaotisch. Einige Unternehmen haben plötzlich mehr als 100 Prozent Aktienkapital. Das ergibt sich daraus, dass Investoren Aktieneigentum und Optionen zusammenzählen. Wenn man eine Firma übernehmen will, sollte man daher ein möglichst kompliziertes Konstrukt wählen.

**Sehen Sie da Beispiele?**

Ich habe gewisse Vermutungen, will aber hier lieber nicht spekulieren.

**Interview: Daniel Hügli**

